

Infoblatt: Die Tschechoslowakei in der Zwischenkriegszeit – Völkerbund und nationale Minderheiten

Tschechische Nationalbewegung und Staatsgründung

Erstaunlich hell-sichtig prognostizierte der marxistische Theoretiker Friedrich Engels (1820 – 1895) schon 1887 den Ausgang eines kommenden Weltkrieges. Ein solcher von „Preußen-Deutschland“ ausgehender Krieg würde, so Engels düstere Prophezeiung, zu einem völligen Zusammenbruch der alten Staaten führen, bei dem „die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen“ würden. Niemand würde sich finden, diese Kronen aufzuheben. Der von vielen Historikern als „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ interpretierte Erste Weltkrieg (1914 – 1918) führte tatsächlich – knapp dreißig Jahre nach Engels Vorhersage – zu dramatischen welthistorischen Veränderungen.

Auf der Verliererseite des Krieges zerfielen gleich vier Großreiche, die lange Zeit die europäische und die Weltpolitik mit bestimmt hatten: das Deutsche Reich, die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie, das russische Zarenreich und das Osmanische Reich. Aus dem zerfallenden Vielvölkerstaat der Habsburger Monarchie entstanden selbständige kleinere Nationalstaaten: die auf „Deutsch-Österreich“ beschränkte Republik Österreich, das Königreich Jugoslawien, die Ungarische Republik und die Tschechoslowakische Republik (ČSR).

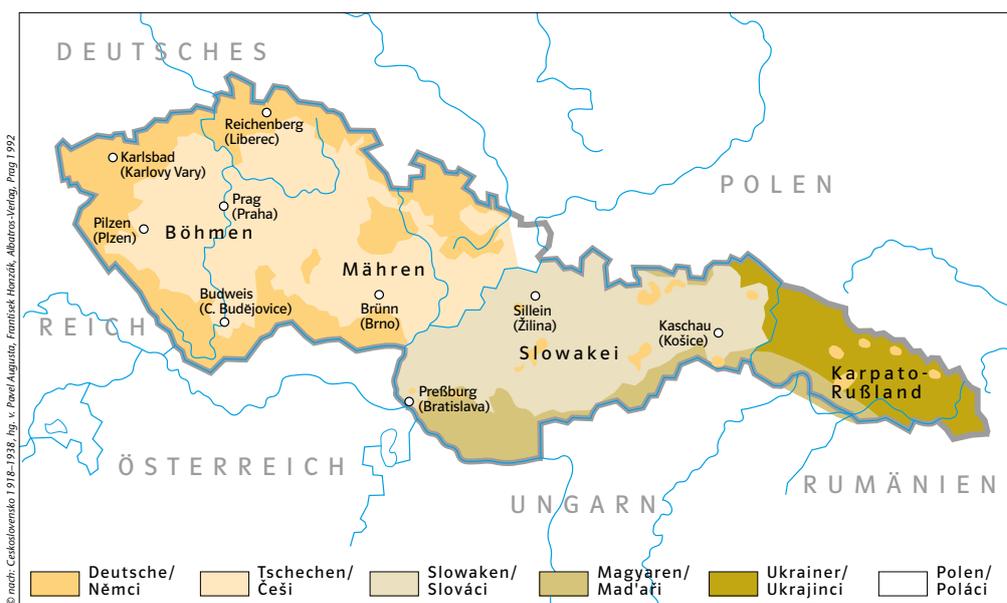
Die Neuordnung der europäischen Staatenwelt nach Ende des Ersten Weltkrieges erfolgte im Vertragswerk der sog. „Pariser Vorortverträge“ von 1919. Während die siegreichen Alliierten um Frankreich, Großbritannien und den USA mit dem Deutschen Reich den Versailler Vertrag (28. 6. 1919) schlossen, regelte der Vertrag von St. Germain (10. 09. 1919) die zukünftigen Beziehungen der Alliierten zu dem mit Deutschland verbündeten Österreich-Ungarn bzw. zur neu gegründeten Republik (Deutsch-)Österreich. Dieser Vertrag bestätigte völkerrechtlich verbindlich die seit Ende 1918 eingetretenen Veränderungen.

Die Tschechoslowakische Republik war bereits am 28. Oktober 1918, also noch in den letzten Tagen des Ersten Weltkrieges, in Prag ausgerufen worden. Sie umfasste die ehemals zur Österreich gehörenden früheren Kronländer Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien sowie die von Ungarn abgetretene Slowakei (ehemals Oberungarn) und die Karpatenukraine (auch Karpato-Ukraine oder Ruthenien). Böhmen, Mähren und Schlesien hatten bis 1806 zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gehört, danach waren sie Teil des österreichischen Kaisertums geworden. In und nach der Revolution von 1848 hatte sich innerhalb der tschechischen Bevölkerung in den böhmischen Ländern, ein starke tschechische Nationalbewegung herausgebildet.

In der tschechischen Geschichtsschreibung ist in diesem Zusammenhang vom „nationalen Funken“ der Paulskirche die Rede. In der Frankfurter Paulskirche, dem Vorparlament zur Wahl der Deutschen Nationalversammlung von 1848/49, grenzten sich die tschechischen Abgeordneten erstmals deutlich von ihren deutschen bzw. österreichischen Kollegen ab und bestanden auf ihrer Eigenständigkeit. Während der revolutionären Unruhen in Prag 1848 kam es dann erstmals auch zu Gewaltakten tschechischer Patrioten gegenüber Deutschen, die in Prag lebten. In den folgenden Jahren steigerte sich der tschechische Patriotismus – wie auf der anderen Seite auch der deutsche – zu einem immer aggressiver auftretenden Nationalismus. Ein auf Ausgleich und Versöhnung setzendes Konzept des friedlichen Zusammenlebens von Tschechen und Deutschen wie das des „Bohemismus“, den beispielsweise der angesehene Mathematiker, Philosoph und Theologe Bernhard(o) Bolzano (1781 – 1848) vertreten hatte, verlor in Böhmen zunehmend an Anziehungskraft. Wichtige Impulse erhielt die tschechische Nationalbewegung nun immer mehr vom „Panslawismus“, einer in ganz Osteuropa einflussreichen und von Russland unterstützten „allslawischen“ nationalistischen Bewegung. Auch die Föderalisierung der Habsburger Monarchie nach der Kriegsniederlage gegen das Deutsche Reich 1866 ging den tschechischen Nationalisten nicht weit genug. In der nach dem „Österreichisch-Ungarischen Ausgleich“ von 1867 entstandenen „k. u. k.-Monarchie (für kaiserlich und königlich) gehörten Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zur westlichen Reichshälfte („Cisleithanien“), zum österreichischen Kaisertum – während das Königreich Ungarn nun die östliche Reichshälfte bildete („Transleithanien“). Die Partei der „Jungtschechen“ – in Abgrenzung zu den auf Integration und Kooperation bedachten „Altschechen“ – suchte seit Ende des 19. Jahrhunderts die offene Auseinandersetzung mit dem als Unterdrücker empfundenen deutsch-österreichischen Staat.

Im Ersten Weltkrieg bildete sich schließlich in Paris, London und in den USA eine starke tschechische Exilbewegung heraus. Intensiv unterstützt von den Alliierten, arbeiteten tschechische Exilpolitiker und Intellektuelle auf eine vollständige Loslösung der böhmischen Länder aus dem österreichisch-ungarischen Staatsverband hin. Am 5. Februar 1916 wurde in Paris ein „Nationalrat der tschechischen Länder“ gegründet, der auch Exil-Slowaken in seine Aktivitäten einbezog. In Russland rekrutierten Exiltschechen sogar eine eigene tschechische Armee, die „Tschecho-Slowakische Legion“, die auf Seiten der Alliierten am Krieg teilnahm. Weitere tschechische Soldaten kämpften in Italien und Frankreich gegen die Mittelmächte. Führende Köpfe der tschechischen Exilbewegung waren der Philosoph und Politiker Tomáš Garrigue Masaryk (1850 – 1937) und der Soziologe Edvard Beneš (1884 – 1948). Masaryk wurde Ende Oktober 1918 noch im Exil zum ersten Staatspräsidenten der Republik gewählt; Beneš zum Außenminister. Er folgte Masaryk 1935 als neuer Staatspräsident (bis 1938) – ein Amt, dass er auch nach seiner Rückkehr aus seinem zweiten Exil 1945 bis 1948 wieder bekleiden sollte.

1 Räumliche Verteilung der Nationalitäten in der Tschechoslowakei in den 1920er-Jahren



Nationalitätenpolitik

Masaryk und Beneš vertraten – bei aller gelegentlich aufscheinenden nationalistischen Rhetorik – innerhalb der tschechischen Nationalbewegung eher eine moderate Linie. Sie konnten sich aber auch in ihren Staats- und Regierungssämtern nicht immer gegen radikalere Kräfte und Standpunkte durchsetzen. Das traf insbesondere auf eines der größten Probleme zu, mit dem sich die Tschechoslowakische Republik seit ihrer Gründung ständig auseinandersetzen hatte: die Nationalitätenfrage. Selbst aus dem komplizierten Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn hervorgegangen, stand die ČSR von Anfang an vor der Aufgabe, die in ihren Grenzen lebenden nationalen Minderheiten – Deutschen, Slowaken, Ungarn, Polen, Ruthenen, Juden, Sinti und Roma und andere – zu integrieren. Das war deshalb besonders schwierig, weil es gerade unter diesen Minderheiten starke nationale und nationalistische Strömungen gab. Permanente Nationalitätenkonflikte waren also vorprogrammiert und gehörten zur politischen Tagesordnung. Immer aber gab es auch auf beiden Seiten Versuche, Kompromisse zu schließen und einen Ausgleich zu finden.

Besonderes Konfliktpotential barg das Verhältnis zwischen der tschechischen Mehrheitsbevölkerung und der großen deutschen Minderheit in Böhmen, Mähren und den nun zur ČSR gehörenden Teilen Schlesiens, dem früheren Österreichisch-Schlesien. Die Nachfahren deutscher Einwanderer, die in mehreren Siedlungsbewegungen seit dem hohen Mittelalter und im Zuge von Neuansiedlungsprojekten vor allem im 17. und 18. Jahrhundert nach Böhmen und Mähren gekommen waren, lebten vor allem in den industrialisierten westlichen Grenzgebieten. Die ca. 3,2 Millionen Deutschen – die nicht ganz zutreffende Bezeichnung „Sudetendeutsche“ bürgerte sich allgemein erst nach 1918 ein – stellten innerhalb der ČSR, noch vor den Slowaken (ca. 2 Millionen), die größte nationale Minderheit. Die Versuche der deutschen Minderheit und ihrer politischen Vertreter, sich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg der neu gebildeten Republik Österreich anzuschließen, scheiterten bereits nach wenigen Monaten. Bei entsprechenden Demonstrationen kam es vor allem Anfang März 1919 zu schweren Auseinandersetzungen

mit tschechischer Gendarmerie und Militäreinheiten, die nach den Loslösungsbestrebungen in die deutschen Siedlungsgebiete einmarschiert waren. Dabei kamen über fünfzig Menschen ums Leben, mehr als zweihundert wurden verletzt. Die Deutschen beriefen sich bei ihren Protesten auf das von US-Präsident Woodrow Wilson (1856 – 1924) postulierte „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ – das nach 1918 als zentrales Argument auch bei der Bildung neuer Staaten wie der Tschechoslowakei eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Die tschechoslowakische Verfassung sah zwar vergleichsweise umfassende Minderheitenrechte vor. Doch sowohl die deutsche als auch andere Minderheiten fühlten sich in ihren nationalen Rechten stark eingeschränkt oder unterdrückt. Sie forderten auch nach dem Ende aller Hoffnungen auf eine Unabhängigkeit ab 1919/20 mehr Autonomie und stärkere Minderheitenrechte. Eines der Hauptkonfliktfelder war dabei die Schul- und Sprachpolitik. Die Proteste richteten sich beispielsweise immer wieder gegen eine tatsächliche, oft aber nur „gefühlte“ Benachteiligung der deutschen Schulen. Als Vergleichsmaßstab bezogen sich die deutschen Minderheitenpolitiker dabei meist das Schulwesen in Österreich-Ungarn, vergaßen dabei aber in der Regel zu erwähnen, dass dieses von einer deutlichen Bevorzugung des deutschen und einer Vernachlässigung etwa des tschechischen Schulwesens geprägt gewesen war. Die tschechische Seite argumentierte daher, dass diese Entwicklung nur das Gleichgewicht zwischen den einzelnen Volksgruppen wieder herstellen sollte. Der deutsche Widerstand richtete sich aber auch gegen die Einführung der Landessprache Tschechisch als Pflichtfach. Das war nicht nur borniert, sondern auch kontraproduktiv. Die Beherrschung der wichtigsten Verkehrssprache des Landes ermöglichte den Absolventen deutscher Schulen überhaupt erst eine berufliche Perspektive außerhalb der deutschen Siedlungsgebiete!

Nicht nur die Deutschen, sondern auch die Slowaken, Ungarn und Polen empfanden die Dominanz tschechischer Beamter oder den Gebrauch der tschechischen Sprache in den Amtszimmern als eine Demütigung. Sie waren entsprechend unbeliebt.

Mitte der 1920er-Jahre schien sich die Situation allgemein zu entspannen. Die Möglichkeiten einer stärkeren Kooperation wurden stärker als bisher von beiden Seiten ausgelotet. Ausdruck dafür war die Beteiligung deutscher Politiker – die nationalen Minderheiten waren in der Regel mit eigenen Parteien bzw. deren Abgeordneten im Parlament vertreten – an einigen tschechoslowakischen Regierungen der 1920er- und 1930er-Jahre. Deutsche Politiker, vor allem aus dem demokratischen Parteienspektrum, die auf Kooperation und Verständigung setzten, wurden „Aktivisten“ genannt; ihre Gegenspieler auf Seiten der radikalen Rechten und Nationalisten wegen ihrer Verweigerungshaltung „Passivisten“.

Krise und Ende

Die Zeit des relativen Ausgleichs zwischen den nationalen Minderheiten – das gilt in besonderem Maße für das Verhältnis zwischen den Tschechen und Deutschen – währte jedoch nicht sehr lange. Spätestens in Folge der Weltwirtschaftskrise seit 1929, von der vor allem der industriell hoch entwickelte Westen des Landes mit vorwiegend deutschen Siedlungsgebieten, betroffen war, führte zu neuen, stärkeren Spannungen. Rasch gewann die 1933 gegründete völkisch-nationalistische Sudetendeutsche Heimatfront unter dem Turnlehrer Konrad Henlein (1898 – 1945), die sich wenig später in Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannte, an Einfluss. Massiv vom Deutschen Reich und den seit 1933 in Deutschland regierenden Nationalsozialisten unterstützt, setzte Henleins sich schnell in eine eindeutig nationalsozialistische Partei verwandelte Bewegung auf Konfrontation. Die SdP konnte bei Wahlen in den 1930er-Jahren bis zu acht-zig Prozent der deutschen Wählerstimmen für sich gewinnen – nicht zuletzt wegen der umfangreichen finanziellen Hilfe aus Deutschland, aber auch auf Grund der schlechten wirtschaftlichen Lage im deutsch-tschechischen Grenzgebiet. Die breite Unterstützung der deutschen Bevölkerung für Henlein und später für Hitler brachte der deutschen Bevölkerung später von tschechoslowakischer Seite den Vorwurf ein, die „fünfte Kolonne“ Hitlers gewesen zu sein. Der rasante Aufstieg der „Henlein-Faschisten“, wie die SdP oft von tschechischer Seite genannt wurde, in den 1930er-Jahren steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den deutschen Kriegsvorbereitungen und des Konzepts der Erweiterung des „Lebensraums im Osten“. Hitler plante – in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Wehrmachtsführung – schon seit Ende 1937 die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates. Nach der Annexion Österreichs im März 1938 schürte die deutsche Regierung zusammen mit Henlein ganz bewusst die Konflikte. Anfang 1938 eskalierte die Situation in der sog. „Sudetenkrise“. Mit der Parole „Heim ins Reich“ forderten die immer aggressiver auftretenden Henlein-Anhänger den Anschluss der „sudetendeutschen Gebiete“ an das Deutsche Reich. Die tschechoslowakische Regierung verkündete unter dem Druck der deutschen Drohungen in- und außerhalb der Landesgrenzen die Mobilmachung.

Eine scheinbare, für die Tschechoslowakei allerdings katastrophale Lösung sollten die Vereinbarungen des „Münchener Abkommens“ – die tschechoslowakische Regierung sprach mit Recht vom „Münchener Diktat“ – bringen. Deutschland, Frankreich, Großbritannien und das faschistische Italien einigten sich am 30. September 1938 in München auf die Abtretung der „sudeten-deutschen“ Gebiete an das Deutsche Reich. Damit sollte, so die naive Begründung, ein neuer Krieg verhindert werden. Die tschechoslowakische Regierung war an den Verhandlungen gar nicht erst beteiligt worden. Schon am nächsten Tag, am 1. Oktober 1938, rückte die deutsche Wehrmacht in das Grenzgebiet ein und annektierte das sog. „Sudetenland“.

In den nächsten Monaten überschlugen sich die Ereignisse. Der „Zweiten tschechoslowakischen Republik“, abschätzig auch „Rest-Tschechei“ genannt, war erwartungsgemäß kein langes Leben beschieden: Im Oktober 1938 trat Staatspräsident Beneš zurück und floh nach England; Mitte März 1939 entstand aus den annektierten sudetendeutschen Gebieten der „Reichsgau Sudetenland“.

Fast zeitgleich spaltete sich, unter massivem Druck Hitlers, die schon zuvor autonom gewordene Slowakei ab, um eine formal selbstständige, jedoch von Deutschland abhängige Slowakische Republik unter Führung des rechtsradikalen katholischen Priester Jozef Tiso (1887 – 1947) zu bilden. Am 15. März 1939 besetzen deutsche Truppen schließlich auch die restlichen Landesteile der „Zweiten Tschechoslowakischen Republik“. Der tschechoslowakische Staat hörte auf, zu existieren. Auf seinem Gebiet errichteten die Deutschen das „Protektorat Böhmen und Mähren“. Politisch missliebige Aktivisten und andere tschechische Persönlichkeiten, vor allem aber Angehörige der großen jüdischen Minderheit wurden in den folgenden Monaten und Jahren verfolgt und ermordet.

Im Zweiten Weltkrieg formierte sich sowohl im „Protektorat“ als auch in der Slowakei eine breite Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besatzungsherrschaft, die von der tschechoslowakischen Exil-Regierung unter Beneš und der Anti-Hitler-Koalition unterstützt wurde. Nach der deutschen Niederlage 1945 und der Neugründung der ČSR 1948 wurden die etwa 3,2 Millionen „Sudetendeutschen“ zur Zwangsarbeit eingezogen und – rechtlich sanktioniert durch die sog. „Beneš-Dekrete“ – aus ihrer Heimat vertrieben und nach Deutschland deportiert. Die Nationalitätenkonflikte, die die Tschechoslowakei seit ihrer Existenz begleitet hatten, mündeten am Ende in Annexion, Verfolgung, Krieg und Vertreibung. Diese Entwicklung war aber keineswegs unausweichlich. Zwar verstärkte oder verursachte die allgemein als verfehlt angesehene Nationalitätenpolitik der ČSR viele der bestehenden, schwer zu lösenden Konflikte. Oft wird aber bis heute übersehen, dass die Beziehungen zwischen den Nationalitäten, auch die zwischen Tschechen und Deutschen, keineswegs nur konfliktreich gewesen waren. Besonders die 1920er-, aber auch noch die frühen 1930er-Jahre zeigen, dass es immer auch Ausgleich und Kooperation und Phasen des weitgehend friedlichen Miteinanders gegeben hat.